

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 149. Ratssitzung vom 29. März 2017**

### **2805. 2016/259**

#### **Interpellation der Grüne-Fraktion vom 06.07.2016:**

#### **Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III im Kanton Zürich, Auswirkungen auf den Finanzhaushalt der Stadt sowie Möglichkeiten zur Kompensation der Mindereinnahmen durch Steuererhöhungen oder Einsparungen**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 1050 vom 21. Dezember 2016).

***Felix Moser (Grüne)** nimmt Stellung: Ich möchte mich beim Stadtrat und der Verwaltung für die ausführlichen Antworten und Berechnungen bedanken. Die Interpellation stand bereits einmal auf der Traktandenliste. Damals, vor der Abstimmung, wäre ein idealer Zeitpunkt gewesen, um darüber zu diskutieren. Leider kam es damals nicht dazu. Am Abstimmungsergebnis selbst hat die Verzögerung nichts geändert. Das Referendum wurde gewonnen, die Unternehmenssteuerreform III wird somit nicht eingeführt. Deshalb ist es auch nicht sinnvoll, auf die vorliegenden Antworten im Detail einzugehen. Dies bedeutet nicht, dass die Antworten vergeblich sind. Die klaren Zahlen haben zu einer Versachlichung der Diskussion geführt. Ich hätte erwartet, dass Bund und Kanton im Vorfeld zur Abstimmung klare Zahlen präsentieren. Die Zahlen wurden nicht geliefert, die Stadt musste sie selber ausrechnen. Dies deutet darauf hin, dass an dieser Vorlage Einiges fragwürdig war. Jetzt geht es darum, vorwärts zu schauen. Es ist unbestritten, dass eine weitere Reform kommen wird. Diese Reform muss darauf abzielen, Privilegien abzuschaffen, die in einigen Kantonen gang und gäbe sind. Diese Privilegien sind auch der OSZE ein Dorn im Auge und sie sind ein Grund für die Steuerreform. Der Bundesrat ist gefordert, eine Steuerreform vorzulegen, die die kantonalen Privilegien abschafft und einen Ausgleich schafft. Dieser Ausgleich muss aber tragbar sein und darf nicht auf Kosten der Bevölkerung erfolgen. Die neue Vorlage heisst Steuervorlage 17. Es gibt einige Punkte, bei denen wir erwarten, dass sie der Bundesrat bei der neuen Vorlage verbessern wird. Erstens müssen Gemeinden und Städte von Anfang an einbezogen werden. Es sollte klar sein, dass es ohne direkte Mitarbeit der Betroffenen keine Lösungen geben kann. Die Auswirkungen müssen konkret und seriös berechnet und kommuniziert werden. Zweitens braucht es eine faire und tragbare Gegenfinanzierung dieser Massnahmen. Die Reform darf nicht auf Kosten der Bevölkerung erfolgen. Sie darf also nicht zur Erhöhung der Einkommenssteuern führen. Sie muss mit Massnahmen gegenfinanziert werden, die nicht den Mittelstand, sondern die starken Player treffen. Beispielsweise könnte die Dividendenbesteuerung erhöht werden oder es könnte eine Kapitalgewinnsteuer eingeführt werden. Drittens dürfen mit der neuen Vorlage keine neuen Steuerprivilegien geschaffen werden, wie dies bei der USR III der Fall gewesen wäre. Dies ist langfristig nicht zielführend. Falls eine Patentbox kommen sollte, muss sie klar und eng definiert werden. So werden auch die Steuerausfälle berechenbar. Viertens muss die Reform so umgesetzt werden, dass sie mit internationalen Regelungen konform ist. Die Schweiz muss beim globalen Steuerwettbewerb nicht mitmachen. Fünftens muss auch der interkantonale Steuerwettbewerb eingeschränkt werden. Es ist nicht tragbar, dass*

die betroffenen Städte und Gemeinden ihre Steuern senken. Der Kanton Luzern beweist, dass diese Strategie nicht zielführend ist. Ich erwarte vom Stadtrat, dass er sich in die Diskussion einbringen wird, so dass wir am Schluss eine ausgewogene Steuerreform haben werden.

Weitere Wortmeldungen:

**Michael Baumer (FDP):** Da wir erst nachträglich über diese Vorlage sprechen, muss nicht darauf hingewiesen werden, dass die Vorlage für die Stadt tragbar gewesen wäre. Wir müssen auch nicht darüber diskutieren, weshalb die Werte nicht berechnet werden können, man aber trotzdem weiss, dass die Reform 325 Millionen Franken kosten würde. Das Volk hat entschieden. Die USR III wird nicht kommen. Umso mehr bin ich erstaunt, dass die Gegenseite nun Forderungen stellt. Sie haben gesagt, dass Sie am Tag nach der Abstimmung den Plan B präsentieren werden. Dies erfolgte nicht. Die SP wollte am Ende der Frühlingsession den Plan B präsentieren. Auch dies erfolgte nicht. Inzwischen ist April. So geht das nicht. Sie müssen sagen, was sie wollen. Aus dem Votum von Felix Moser (Grüne) wird klar, was er alles nicht will. Er möchte nur auf die alten Steuerprivilegien verzichten. Wenn Sie zehntausende Arbeitsplätze ins Ausland oder aus dem Kanton vertreiben wollen, dann können wir das tun. Wir könnten auch sagen, dass die Gewinnsteuer auf 5 % gesenkt werden soll. Ich zweifle daran, dass dies für die Stadt günstiger wäre. Arbeiten Sie daran mit, dass wir auslandkonforme Steuermittel haben. Das Ausland führt auch neue Mittel ein. Wir brauchen gleich lange Spiesse. Wir brauchen eine neue Reform, die gewährleistet, dass Zürich ein attraktiver Standort sein kann. Mich erstaunt die Kritik an den Lizenzboxen. Ich dachte, dass wir der Innovationsstandort für IT werden wollen. Das Mittel, das wir zur Attraktivitätssteigerung einsetzen könnten, wird aber abgelehnt. Wenn wir auch künftig hohe Steuereinnahmen wollen, müssen wir am Steuerregime etwas ändern. Die Steuereinnahmen der Stadt sind in den letzten Jahren allen Reformen zum Trotz gestiegen.

**Martin Bürlimann (SVP):** Es wurde bei einer Doppelsitzung die zweite Sitzung gestrichen. Wenn Sie Sitzungen ausfallen und kürzen lassen, können Sie der SVP keine Vorwürfe machen. Es wurde gefordert, die Zahlen vor der Abstimmung zu bringen. Es war bekannt, dass die Rechnung der Stadt gut bis sehr gut aussehen wird. Dadurch, dass diese Information nicht gebracht wurde, wurde das Abstimmungsverhalten beeinflusst.

**Dr. Pawel Silberring (SP):** Wir haben durch diese Interpellation die Diskussion über die Unternehmenssteuerreform III mit mehr und besseren Zahlen führen können. Den Vorwurf, den Martin Bürlimann (SVP) zurückweist, möchte ich wiederholen. Jetzt haben wir eine post-mortem-Diskussion. Wir kennen das Resultat der Abstimmung. Wir haben uns bereits damals mit unseren besten Argumenten vorbereitet gehabt. Sie haben die Diskussion verhindert. Auch wenn die Diskussion zu spät kommt, gibt es drei zukunftsweisende Aspekte. Erstens ist es generell wichtig, dass die Stadt die Folgen von Massnahmen auf übergeordneter Ebene berechnet, abschätzt und veröffentlicht. Demokratie braucht Informationen. Der Umstand, dass die Rechnung positiv abschliessen wird, wurde bereits in der Budgetdebatte angekündigt. Es ist falsch, zu sagen, dass dies verheimlicht worden sei. Wir werden künftig darauf achten, dass solche Berechnungen erstellt

werden, wenn auf übergeordneter Ebene etwas passiert. Die Interpellation, die heute für dringlich erklärt worden ist, ist ein Beispiel für einen Fall, in dem die Gemeinde von Regulierungen auf Kantonsebene betroffen ist. Wir werden auch heute eine Schriftliche Anfrage zu einem ähnlich gelagerten Thema einreichen. Die Zahlen nicht zu berechnen und auf den Tisch zu legen, ist eine Missachtung der Entscheidungsinstanzen. Diese haben das Recht zu erfahren, was ihre Entscheide auf Gemeindeebene bewirken. Zweitens ist es eine der fragwürdigsten Reaktionen auf die städtischen Zahlen, wenn der Vorwurf vorgebracht wird, Stadtrat Daniel Leupi würde jammern. Regierungsrat Ernst Stocker und bürgerliche Parlamentarier und Parlamentarierinnen haben sich ebenfalls so geäußert. Wir befanden uns damals in der Phase der Entscheidungsfindung. Wenn jemand Fakten und Zahlen präsentiert, kann man ihm andere Argumente und andere Fakten und Zahlen entgegensetzen. Es ist inhaltlos, eine Argumentation durch solche Vorwürfe abzuwerten. Drittens müssen wir aus Sicht der Stadt froh sein, dass die Stimmbevölkerung die einseitige, masslose und überladene Vorlage deutlich zurückgewiesen hat. Wir hoffen, die Verantwortlichen haben die Botschaft verstanden. Die ersten Signale stimmen noch nicht optimistisch. Dies muss sich ändern.

**Urs Fehr (SVP):** Eigentlich ist es müßig, über ein Thema zu sprechen, über das bereits abgestimmt worden ist. Einen bitteren Beigeschmack hat jedoch der Umstand, dass der Finanzvorstand im Namen der ganzen Stadtregierung behauptet hat, es käme zu einem Weltuntergang, wenn die Vorlage angenommen würde. Es wurde mit keinem Wort erwähnt, dass Zürich sehr gut aufgestellt ist. Die Einsparungen, deren Höhe uns unbekannt ist, hätten problemlos kompensiert werden können. Es ist tatsächlich fragwürdig, dass beispielsweise der Kanton Bern 1,2 Milliarden Franken Finanzausgleich bezieht und diesen als gottgegeben betrachtet. Bern hat kein schlechtes Gewissen deswegen. Wir sind nicht dafür verantwortlich, wenn Menschen in ihren Heimatländern Steuern hinterziehen wollen. Das geht uns nichts an. Man muss sich fragen, warum es so viel Schwarzgeld gibt. Die vielen Regulierungen und mangelnden Mitbestimmungsmöglichkeiten beispielsweise animieren die Leute zum Anhäufen von Schwarzgeld. Es ist nicht unsere Aufgabe, dieses Verhalten zu beurteilen.

**Marcel Bührig (Grüne):** Urs Fehr (SVP) hat dem Stadtrat Panikmache vorgeworfen. Michael Baumer (FDP) sprach vom Abbau tausender Arbeitsplätze. Es ist unredlich, uns Panikmache vorzuwerfen. Michael Baumer (FDP) hat gesagt, dass alle an der neuen Vorlage zusammenarbeiten sollen. Das ist korrekt. Wir haben unsere Variante B etwa 15 Minuten nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses präsentiert. Diesbezüglich ist die Aussage von Michael Baumer (FDP) also falsch. Das Problem ist, dass der zuständige Bundesrat nicht viel Interesse daran gezeigt hat, die Städte einzuladen. Er hat gesagt, er wolle gemeinsam mit den Kantonen an einer neuen Vorlage arbeiten. Dieser Fehler wurde bereits einmal gemacht, indem Kantone und Steuerberatungsunternehmen einbezogen wurden. Es muss dafür gesorgt werden, dass die künftige Unternehmenssteuerreform nicht nur von den bürgerlichen Kantonen geprägt wird. Auch die Gemeinden müssen einbezogen werden. So kann eine ausgewogene, mehrheitsfähige Vorlage entstehen. Der Stadtrat muss offensiver in Bern auftreten.

**Markus Hungerbühler (CVP):** Nachdem ich direkt angesprochen wurde, möchte ich mich nun doch dazu äussern. Sie haben die Abstimmung gewonnen. Einen Plan B gibt es jedoch nicht. Im Nachhinein weiss man immer besser, was man falsch gemacht hat. Selbstverständlich haben wir uns nicht aus der Verantwortung gestohlen. Wir haben Stadtrat Daniel Leupi Jammerei vorgeworfen. Die Stadt hat wenige Wochen nach der Abstimmung die Höhe ihres Gewinns bekanntgegeben. Selbstverständlich wurden bereits im Vorfeld entsprechende Signale gesetzt. Trotzdem hätte man im Vorfeld aufgrund der Argumentation des Stadtrats den Eindruck erhalten können, die Stadt würde untergehen. Einige Wochen später wurde ein hervorragendes Ergebnis präsentiert. Dies wirft einige kritische Fragen auf. Dies ist gerechtfertigt. Es ist so, dass der Föderalismus existiert. Im Föderalismus wollen alle mitreden. Selbstverständlich führt dies zu Schwierigkeiten, weil es keine politischen Lösungen geben kann, mit denen alle einverstanden sind. Der Bundesrat macht keine schlechte Arbeit. Es wird bereits jetzt Kritik geäussert. Dies ist einfach. Es ist richtig, den Bundesrat arbeiten zu lassen. Wir sind gespannt, ob die neue Vorlage innerhalb eines Jahres auf dem Tisch liegen wird.

**Samuel Balsiger (SVP):** Die Linken haben den historisch grössten Erfolg, den sie in den letzten Jahren vorweisen können, erzielt und trotzdem nichts gewonnen. Sie haben für den Status quo gekämpft. Die EU und OSZE haben mit einer schwarzen Liste gedroht, wenn wir uns nicht fügen. Mit dem historischen Sieg der Linken bleibt das liberale Steuersystem bestehen. Sie haben einen kapitalistischen Status quo verteidigt. Die Zeiten ändern sich. Grossbritannien tritt aus der EU aus, Frankreich steht möglicherweise vor einem Systemwechsel und es gibt Verwerfungen in anderen europäischen Ländern. Wir müssen keine Reformen für die EU machen, wir können weiterhin von der EU profitieren. Sie kämpfen für bürgerliches Gedankengut. Es gibt kein linkes Land, in das viel Geld reinkommt. Dank der Bürgerlichen haben Sie Luxusprobleme.

**Florian Utz (SP):** Am meisten erstaunt bin ich über die Wortmeldungen der SVP, die sich drei Mal gemeldet und nichts zur Sache beigetragen hat. Samuel Balsiger (SVP) hat zumindest ansatzweise etwas zur Sache gesagt, indem er gefordert hat, nichts zu tun. Dies ist angesichts des Abstimmungskampfes erstaunlich. Es wäre angemessen, anzuerkennen, dass das Volk entschieden hat. Etwas erstaunt hat mich das Votum von Michael Baumer (FDP). Erstaunt war ich von der Aussage, dass ein einmaliger Überschuss eine Steuerreform ermöglichen sollte, von der niemand weiss, wie teuer sie eigentlich ist. Die Erfahrungen aus der USSR II zeigen, dass Prognosen nicht zu trauen ist. Die Stadt erwirtschaftet nicht jedes Jahr einen solchen Gewinn. Wir dürfen nicht übermütig werden und das Geld mit beiden Händen ausgeben. Selbst wenn wir durch das Ergebnis einen grösseren Spielraum haben, stellt sich die Frage, wer davon profitieren soll. Sollen dies Grossunternehmer und Grossaktionäre sein? Dann fliessen rund 74 % des Geldes ins Ausland. Ich bin gegen einen nationalen Protektionismus. Dennoch ist die Frage, wer von Steuersenkungen und Massnahmen profitieren soll. Wir sind für bezahlbare Wohnungen, eine gute Kinderbetreuung. Das Volk hat klar gesagt, dass der Mittelstand diesbezüglich an erster Stelle steht.

**Shaibal Roy (GLP):** *Wir sind gespannt auf den kommenden Prozess. Für uns als Stadt ist es wichtig, dass die Städte intensiver einbezogen werden. Nur so kann eine mehrheitsfähige Vorlage vorgelegt werden. Egal, wie die Vorlage aussehen wird, wird der Kanton eine volle Ausschöpfung der optionalen Massnahmen anstreben. Daran wird sich nichts ändern. Es ist problematisch, in diesem Kontext euphorisch zu werden. Die Steuereinnahmen werden sinken. Wir müssen uns kurz- bis mittelfristig auf einen negativen Steuerimpact einstellen. Wir vertrauen unserer Exekutive. Sie wird die städtischen Interessen in die Debatte einbringen.*

**Severin Pflüger (FDP):** *Ich möchte nochmals in die Kerbe von Shaibal Roy (GLP) schlagen. Diese Debatte ist ähnlich skurril wie der Abstimmungskampf. Der Abstimmungskampf war geprägt von Unterstellungen, wir haben selten darüber gesprochen, was tatsächlich passieren wird. Wir haben mit der Antwort auf die Interpellation ein interessantes Dokument erhalten, das seriös und gut ausgearbeitet ist und gute Fragestellungen enthält. So stellt sich beispielsweise die Frage zu Lizenzbox, wenn 10 oder 25 % verbleiben. Es gibt Fragestellungen, bei denen ausgewiesen wird, dass an Statusgesellschaften über 2000 Arbeitsplätzen hängen. Das sind alles interessante Fragen, die uns ein interessantes und differenziertes Bild der Unternehmenssteuerreform III zeigen können. Dies ist auch wertvoll, wenn eine neue Reform ausgearbeitet werden soll. Im Abstimmungskampf habe ich gefragt, wie das Steuerwachstum aussehen wird. Mit Dr. Pawel Silberring (SP) konnte ich darüber auf Facebook nicht diskutieren. So verlief der ganze Abstimmungskampf. Nachdem der Abstimmungskampf gelaufen ist, machen wir auf die genau gleiche Weise weiter. Wir sollten uns um die Zahlen kümmern, die uns der Stadtrat geliefert hat. Uns liegen Zahlen zu den Steuererträgen und zu deren Zusammensetzung vor und wir debattieren nicht darüber. Das ist schade.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Ich möchte einige allgemeine Dinge äussern und einigen Legenden widersprechen. Es spielte schlussendlich keine Rolle, ob der Gemeinderat über die Interpellation diskutiert hat. In unserer Antwort sind die Zahlen enthalten, die wir auch immer genannt haben. Severin Pflüger (FDP) bezeichnete diese als differenziert. Ich musste mir jedoch immer anhören, ich würde jammern und übertreiben. Wir haben immer dieselben Zahlen kommuniziert. Es wurde zur konstruktiven Zusammenarbeit aufgerufen. Das unterstreiche ich. Städte wurden konsequent ignoriert. Die Konferenz der städtischen Finanzdirektoren wurde eigens zu diesem Zweck gegründet, es kam jedoch zu keiner Aussprache mit der Finanzdirektorenkonferenz oder dem Bundesrat. Wir wurden abgeblockt. Jetzt sind wir aber dabei. Wir sind zu fünft nach Bern gereist, es wurde jedes Wort, das gesagt wurde, aufgeschrieben. Wir haben klar bestätigt, dass die drei ursprünglichen Ziele des Bundesrats, nämlich die internationale Akzeptanz, die Wettbewerbsfähigkeit des Steuersystems und die Ergiebigkeit der Steuern für die öffentliche Hand, weiterhin wichtig sind. Der dritte Punkt ist im Verlauf der Ausarbeitung unter die Räder gekommen. Jetzt soll eine Alternativlösung erarbeitet werden. Der Städteverband hat bereits am Abstimmungssonntag seine Position dargelegt. Der Stadtrat hat in der Vernehmlassung Stellung genommen. Diese wird in den nächsten Tagen der Öffentlich-*

*keit zugänglich gemacht. Wir versuchen, differenziert vorzugehen. Im Abstimmungskampf hat nie jemand unsere Zahlen kritisiert. Dies zeigt, dass uns eine gewisse Kompetenz zugebilligt wird. Die Überlegungen des Regierungsrats hingegen waren für uns nicht nachvollziehbar. Ich muss fünf Dinge zu den Legenden sagen. Erstens haben wir einmalig einen einmalig guten Abschluss. Ich habe Ihre Voten gehört, Sie werden sich anders äussern, wenn wir rote Zahlen schreiben werden. Ein einmaliger Gewinn kann nicht mit einem jährlichen Einnahmeverlust verrechnet werden. Zweitens kann ich mich nicht erinnern, dass der Kanton die Erwartungsrechnung laufend kommuniziert hat. Wir haben dies hingegen getan. Ich habe Ihnen klar gemacht, dass unsere Rechnung besser ausfallen wird. Drittens waren wir nicht die Einzigen, die von Steuererhöhungen, Leistungsabbau und Verschuldung gesprochen haben. Auch bürgerliche Politiker haben auf die Auswirkungen hingewiesen und gewarnt. Fünftens wurde uns unterstellt, wir hätten das Budget zu spät kommuniziert. In vergangenen Jahren hat der Stadtrat die Bekanntgabe des provisorischen Ergebnisses zu einem für ihn passenden Zeitpunkt kommuniziert. Ich habe entschieden, dies immer gleich zu handhaben. 2014 hätte ich die Bekanntgabe vor den Wahlen durchführen können. Dies habe ich nicht getan, auch wenn das die links-grüne Seite Stimmen gekostet haben könnte. Der AFP stand im Raum. Das provisorische Ergebnis wird von mir immer im März kommuniziert. Damit sollte dieser Vorwurf entkräftet sein. Ich habe beim Treffen in Bern gesagt, dass eine Herkulesarbeit vor uns liegt. Die Gemengelage ist schwierig. Die Interessen liegen weit auseinander, es geht um viel Geld und um viele Interessen. Ich bin froh, dass der Bundesrat den Auftrag erteilt hat, zu sondieren und gemeinsam mit Interessierten die Eckpunkte einer neuen Lösung zu erarbeiten. Ich bin froh, dass der Bundesrat Verordnungen veröffentlicht. Das Geschäft wird im Kleingedruckten entschieden. Es braucht Kompromissfähigkeit. Ich orientiere mich an den drei genannten Zielen.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat